



SSW-Parteitag zur Landtagswahl

Harrislee, 3.03.2012

Redebeitrag von Anke Spoorendonk, MdL

Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion und
Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2012

Bitte beachten Sie die Sperrfrist 3.03.2012 10.30 Uhr

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Pressesprecher
Lars Erik Bethge

Tel. (0461) 144 08 302
Mobil 0152 0161 2276
presse@ssw.de

Liebe Freunde, liiwe waane og kære venner!

Wir haben lange gewartet. Am 6. Mai haben endlich die Wählerinnen und Wähler wieder das erste Wort und können eine Regierung bestimmen, die wieder die Mehrheit in der Bevölkerung vertritt. Die Sehnsucht nach der vorgezogenen Landtagswahl ist dadurch nicht geringer geworden, dass die CDU und die FDP ihre zweifelhafte Landtagsmehrheit dafür genutzt haben, einige sehr große und sehr hässliche Pflöcke einzuschlagen. Sie haben sich der internationalen Glücksspielloobby angebiedert und Schleswig-Holstein zum deutschen Brückenkopf für diese bisher illegale Branche gemacht. Sie haben zwangsweise Schülerbeförderungsgebühren eingeführt und das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr zurückgenommen. Sie haben Gemeinschaftsschulen behindert und mit G8, G9 und Y-Modellen an den Gymnasien Chaos verursacht. Sie konnten erst im letzten Moment

davon abgehalten werden, die Uni Lübeck zu liquidieren und die Universität Flensburg zu amputieren. Sie haben massiv bei Ehrenamt und sozialen Hilfen gekürzt und das Landesblindengeld zusammengestrichen. Und sie haben dafür gesorgt, dass die hoch gelobte Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins in die 50er Jahre zurückgefallen ist.

Obwohl die schwarz-gelbe Koalition bis zur Neuwahl nur über eine zweifelhafte Mehrheit verfügt, hat sie kräftig geholt und Tatsachen geschaffen.

Das alles trotz vieler Einwände und guter Argumente, mit der nicht nur die dänische Minderheit sich gegen den Kahlschlag wendete.

Carstensen und Kubicki haben sich in der „Ein Mann muss tun, was ein Mann tun muss“-Pose gefallen und sich einer inhaltlichen Diskussion über ihre angeblich „alternativlose“ Politik vollkommen verschlossen.

Dabei sind sich in der Kernfrage so gut wie alle einig. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung hat höchste Priorität. Auch der SSW hat der Schuldenbremse in der Landesverfassung zugestimmt. Aber man kann diese Regelung auch anders als Schwarz-Gelb umsetzen, die die Schuldenbremse hemmungslos als Blankoscheck für einen beispiellosen Kahlschlag genutzt haben – und wir wollen es anders machen!

Die Politik dieser Regierung ist nicht ausgewogen gewesen - nicht regional, nicht sozial und schon gar nicht minderheitenpolitisch. Nicht umsonst hat der SSW 2010 mit seiner Jahrzehntelangen, skandi-

navischen Tradition gebrochen und erstmals seit vielen, vielen Jahren gegen den Landeshaushalt gestimmt. Gerade die einseitige Kürzung bei unseren Kindern an den dänischen Schulen ist auch der Hauptgrund, weshalb der SSW mit der dänischen Minderheit im Rücken diesmal deutlich wie noch nie für einen Wechsel plädiert. Wir wollen eine andere Regierung in diesem Land. Das ist die logische Konsequenz aus der Tatsache, dass die CDU und die FDP meinen, dass unsere Kinder und Enkel weniger wert sind, als ihre Gleichaltrigen an öffentlichen Schulen. Das ist schlicht und einfach Diskriminierung und muss umgehend beendet werden!

Das wichtigste Ziel des SSW für die Wahl am 6. Mai 2012 ist deshalb eine neue Landesregierung, die die Gleichstellung wiederherstellt und die wieder ein soziales Gewissen hat. Außerdem kämpft der SSW dafür, dass wir auch danach mit mindestens vier Abgeordneten vertreten sind. Deshalb haben wir uns das Ziel gesetzt, erstmals seit vielen Jahrzehnten die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Wir haben uns in den letzten Monaten warm gelaufen und sind bereit für den Endspurt. Es wird nicht leicht, aber wir können es mit Hilfe der Wählerinnen und Wähler schaffen und wir werden es schaffen!

Und schließlich – auch das gehört jetzt zu unseren Wahlzielen – will der SSW Verantwortung für das Land übernehmen. Wir haben schon vor der Wahl 2009 den historischen Beschluss gefasst: Der SSW wird nicht kneifen, wenn es um eine Regierungskoalition geht. Wir wollen es

besser machen – und wir können etwas für die Menschen in Schleswig-Holstein bewegen. Allerdings, und das unterscheidet uns von manch einem anderen, beruht politische Zusammenarbeit für uns auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten und nicht auf machtpolitischen Erwägungen. Wir wollen nicht die Macht mit jedem Partner und um jeden Preis.

Angesichts der schlechten Erfahrungen mit der CDU und der FDP seit 2009 müssen wir feststellen, dass wir mit diesen Parteien aktuell nicht ausreichend Gemeinsamkeiten haben, um von 2012 bis 2017 mit ihnen zusammen zu arbeiten. Der SSW kann nicht mit Parteien koalieren, die es vollkommen in Ordnung finden, dass die Kinder der dänischen Minderheit diskriminiert werden. Das bedeutet allerdings nicht im Umkehrschluss, dass wir nur sehnsüchtig darauf warten, um jeden Preis mit der SPD und den Grünen in den Kahn zu springen. Der SSW steht nur für ein Bündnis zur Verfügung, das auch bereit ist, gemeinsam mit uns SSW-Politik umzusetzen.

Der SSW wird nur eine Landesregierung stützen, die die Gleichstellung unserer Schulkinder ohne Tricks und doppelten Boden wiederherstellt. Das ist für uns nicht verhandelbar. Außerdem werden wir keiner Regierung beitreten, die auf die Abschaffung des Landes Schleswig-Holstein, also auf den so genannten Nordstaat, hinarbeitet.

Oberster Maßstab einer Landesregierung mit SSW-Beteiligung muss die Gleichwertigkeit der Menschen im Land sein. Wir wollen sie erhalten

und fördern durch das gemeinsame Lernen in der Gemeinschaftsschule, durch die Sicherung der Unterrichtsqualität an den Schulen, durch die verlässliche Finanzierung von sozialen Einrichtungen, durch eine individuellere Förderung von Arbeitslosen, durch die Sicherung von Löhnen, von denen man leben kann und durch die Gleichstellung der Minderheiten. Eine Regierung, die die Solidarität vernachlässigt und die sozialen Hilfen abbaut, wird nicht das Gütesiegel SSW tragen können.

Die Gleichwertigkeit der Regionen in Schleswig-Holstein ist ebenso eine Herzensangelegenheit des SSW. Natürlich muss man jene Landstriche stützen, die stark sind und zu den wirtschaftlichen Motoren des Landes gehören. Die Metropolregion Hamburg muss weiterentwickelt werden. Dabei dürfen aber nicht jene Regionen vernachlässigt werden, die nicht von der Sonne Hamburg gewärmt werden. Deshalb fordert der SSW ein wirtschafts- und strukturpolitisches Konzept für diese Randlagen des Landes, die sich ja nicht nur im Norden des Landes befinden, sondern auch an der Westküste und im Ostholsteinischen. Wir brauchen eine Politik, die nicht nur in Wirtschaftsklustern und Leuchttürmen denkt, sondern auch die Lebensbedingungen im Land dazwischen sieht. Alles andere ist ungerecht.

Und schließlich will der SSW Demokratie und Bürgerrechte im Schleswig-Holstein wieder stärken. Wir wollen die Informationsfreiheit weiter entwickeln, die Bürgerbeteiligung in wichtigen Fragen wie dem Netzausbau ausweiten, den Bürgerprotest in Sachen CO₂-Endlager unter-

stützen und den Datenschutz stärken. Der SSW will eine Regierung, die die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen ernst nimmt.

Für dies und vieles mehr wird der SSW in den nächsten 9 Wochen werben. Wir wollen den Menschen im ganzen Land näher bringen, dass der SSW ein Pfund für Schleswig-Holstein ist, mit dem kein anderes Bundesland wuchern kann. Der SSW ist im Norden entstanden. Wir haben mehr als 60 Jahre Erfahrung darin, Politik für die Menschen in unserem Land zu machen. Der SSW ist hergestellt und erprobt in Schleswig-Holstein. Wir sind näher dran und wissen, wie man die Lebensbedingungen der Menschen im Land verbessert.

Der SSW ist ein reines schleswig-holsteinisches Naturprodukt ohne Berliner Zusätze. Das werden wir in den kommenden Wochen unterstreichen, wo Schleswig-Holstein einen heftigen Zustrom von Bundespolitikern erleben wird. Dieses Interesse ist aber von sehr kurzer Dauer und endet ziemlich abrupt am 6. Mai. Die Spitzenpolitiker des SSW aber sitzen auch nach der Landtagswahl 2012 in Schleswig-Holstein - und hoffentlich in großer Zahl im Landtag. Dafür werde ich als Spitzenkandidatin jetzt mit Eurer Hilfe alles geben.